



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2021

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

„Seht zu, dass keiner dem andern Böses mit Bösem vergelte, sondern jagt allezeit dem Guten nach, füreinander und für jedermann.“ (1. Thessalonicher 5,15). Diesen Satz schreibt Paulus in seinem ersten Brief an die kleine Gemeinde in Thessalonich. Diese fast zweitausend Jahre alten Zeilen berühren, sind sie doch heute so aktuell, wie sie es auch damals schon waren. Stellen wir uns einmal vor, wie das Leben wäre, wenn wir uns an diese Aufforderung halten würden? Wie sähe die Welt dann aus? Wie würden wir miteinander umgehen? Wie hätten sich die Parteien im Wahlkampf verhalten?

Zugegeben, vieles, was uns in der Bibel steht und unser Verhalten bestimmen sollte, verhallt. Die Welt ist scheinbar anders. Aber versuchen könnten wir es: Seht zu, dass keiner dem andern Böses mit Bösem vergelte, sondern jagt allezeit dem

Guten nach, füreinander und für jedermann.

Politisch haben wir einen turbulenten Herbst erlebt, mit einer Bundestagswahl, deren Ergebnis vieles verändern wird. Deutschland wird eine neue Bundesregierung bekommen, getragen von drei Parteien – ein Novum. Warum die Union mit dem schlechtesten Wahlergebnis aller Zeiten abgeschnitten hat, bleibt zu analysieren. So bitter dieses Ergebnis auch ist, so bietet es aber auch die Chance sich neu aufzustellen, sich inhaltlich und personell zu erneuern.



Dieses und weitere Themen besprechen die Landesverbände aus Sachsen-Anhalt und Thüringen des Evangelischen Arbeitskreises bei ihrem Treffen mit Landesbischof Friedrich Kramer. Einen Bericht finden Sie in dieser Ausgabe. Diese Treffen finden einmal im Jahr statt.

Der vorliegende Kurier setzt seinen Themenschwerpunkt auf den Religionsunterricht. Vor 30 Jahren ebnete der Thüringer Landtag mit der Verabschiedung des Vorläufigen Thüringer Bildungsgesetzes die

Einführung des Religionsunterrichts und parallel dazu des Ethikunterrichts für nichtkonfessionell gebundene Schülerinnen und Schüler als ordentliche Lehrfächer an Thüringer Schulen. Heute ist der Religionsunterricht aus dem Fächerspektrum der Thüringer Schulen nicht mehr wegzudenken. Wie kein anderes Schulfach fragt der der Religionsunterricht nach dem Ganzen und nach dem Sinn des menschlichen Lebens und der Welt. Er vermittelt Schülerinnen und Schülern, was Respekt der Würde des Menschen, Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, Anerkennung ethischer Werte und Achtung religiöser Überzeugungen bedeutet. Religionsunterricht leistet einen wichtigen Beitrag zur verantwortlichen Gestaltung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens. Letzteres ist in Zeiten von Social Media, Hate Speech und ausufernder Shitstorms umso wichtiger.

Christine Lieberknecht, die als damalige Kultusministerin maßgeblich dazu beigetragen hat, erinnert sich an die Anfänge. Liane Engelbrecht, Leiterin des Referats Bildungsrecht im Landeskirchenamt und Dr. André Demut, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen reflektieren die Entwicklung mit einem Ausblick in die Zukunft aus Sicht der EKM.

Inhalt dieser Ausgabe:

Treffen der EAK-Landesvorstände Sachsen-Anhalts und Thüringens mit Landesbischof Kramer	2	Rückschau und Ausblick	6
Wir über uns – Der EAK Thüringen	3	Hessisch Thüringen – Nachrichten aus einer vergangenen Welt	10
Thema – 30 Jahre Religionsunterricht an Thüringer Schulen		Staatsleistungen – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	12
Umstrittener Start, erfolgreiche Bilanz und neue Impulse	4	Impressum und Kontakt	14

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Staatskirchenleistungen sind immer wieder ein Thema in der Politik. Erst im Frühjahr beriet der Bundestag einen gemeinsamen Entwurf von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen einen Entwurf für ein der Staatsleistungen. Im Kern geht es um deren Abschaffung. Christian Klein beschreibt in einem Artikel

differentiert Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Staatskirchenleistungen.

Dass der Kirchenkreis Schmalkalden zur Landeskirche Kurhessen-Waldeck gehört, ist nicht unbedingt allgemein bekannt. Prof. Dr. Jens Goebel, der in Schmalkalden wohnt, schreibt über die Jahrhunderte zurückreichende Kirchengeschichte.

Am Vorabend des Reformationsfestes wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Treffen der EAK-Landesvorstände Sachsen-Anhalts und Thüringens mit Landesbischof Kramer

Gespräch über grundsätzliche und aktuelle Fragen im Themenfeld von Politik und Kirchen

Jürgen Scharf, Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Zu einem turnusmäßigen Gespräch über grundsätzliche und aktuelle Fragen im Themenfeld von Politik und Kirchen trafen sich am 12. Oktober 2021 im Augustinerkloster Erfurt Mitglieder der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU in Thüringen und Sachsen-Anhalt mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland unter Leitung von Landesbischof Friedrich Kramer. Diese Gespräche finden seit dem Jahre 2010 im jährlichen Rhythmus statt.

Landesbischof Kramer führte u.a. aus: Auch das kirchliche Leben der letzten eineinhalb Jahre wurde wesentlich durch den Umgang mit der **Corona-Pandemie** geprägt. Es gab und gibt jedoch eine lebendige Kirche, die auch in schwierigen Zeiten niemanden allein gelassen hat und lässt. So manche Gemeindeglieder scheuen sich noch immer, an Veranstaltungen teilzunehmen. Die Pandemie hat aber auch einen Schub in der Entwicklung neuer (z.T. digital) Gemeindeangebote gegeben.

Gottesdienste sind noch vielfältiger geworden. Zugleich stellen sich neue Fragen und müssen gelöst werden.

So gibt es eine **neue Diskussion über die Abendmahlsfeier**. Taufen, Konfirmationen und andere kirchliche Feste wurden verschoben. Schaffen wir es, diese nachzuholen oder drohen uns Menschen, „verloren“ zu gehen? Die Kirche verliert Mitglieder durch Sterbefälle, Austritte und unterbliebene Taufen. Wezüge spielen, anders als früher, keine wesentliche Rolle mehr. Brauchen wir ggf. einen neuen Kirchenzugehörigkeitsbegriff? Die in Deutschland vorhandene Kopplung der Kirchenzugehörigkeit an das Zahlen der Kirchensteuer ist weltweit wohl fast einmalig.

Die **kirchliche Seelsorge** ist Kern unserer Arbeit. Wie kann sie durch weniger Mitglieder geleistet werden?



Was ist digital möglich? Senioren bilden derzeit ein wichtiges Potenzial. Aber die Zukunft kirchlicher Berufe muss durch die Jugend gesichert werden. Gegenwärtig gibt es zu wenige junge Menschen, die Theologie studieren. Wir müssen auch die Tür für Quereinsteiger weiter als bisher öffnen. Wir müssen zusätzlich andere Einstiege in das Pfarramt suchen.

Die EKM versucht auf diese Prozesse inhaltliche und organisatorische Antworten zu finden. Kirchengebäude werden multifunktional oder auch anders genutzt (z.B. Jugendkirchen, Herbergskirchen). Die Organisation wird verschlankt. Das Ehrenamt wird gestärkt.

Es wurde auf die guten Erfahrungen verwiesen, die zu DDR-Zeiten mit Erwachsenentaufen gewonnen wurden. In individueller Ansprache sind die Menschen weiterhin erreichbar.

Die EAK-Mitglieder berichteten über die politische Situation in den Parlamenten ihrer Länder, wobei sich die Situationen in Thüringen und Sachsen-Anhalt durchaus voneinander unterscheiden.

Für Sachsen-Anhalt gilt: Die CDU konnte bei der Landtagswahl ein relativ gutes Wahlergebnis erreichen, das wohl auch in der klaren ablehnenden Haltung von Ministerpräsident Dr. Haseloff gegenüber der AfD seine Begründung hat. Die Koalitionsverhandlungen verliefen zügig

Teilnehmer des Gesprächs

EKM:

Landesbischof Friedrich Kramer, OKR Dr. André Demut, OKR Albrecht Steinhäuser

EAK Thüringen:

Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born, Prof. Dr. Jens Goebel (Vors.), Dr. Karl-Eckhard Hahn, Volker Heerdegen, Hans-Steffen Herbst, Gudrun Holbe, Jörg Kellner MdL, Dr. Thomas Knoll, Hildigund Neubert, Johannes Selle

EAK Sachsen-Anhalt:

Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Anne-Marie Keding MdL, Jürgen Scharf (Vors.), Stephen Gerhard Stehli MdL

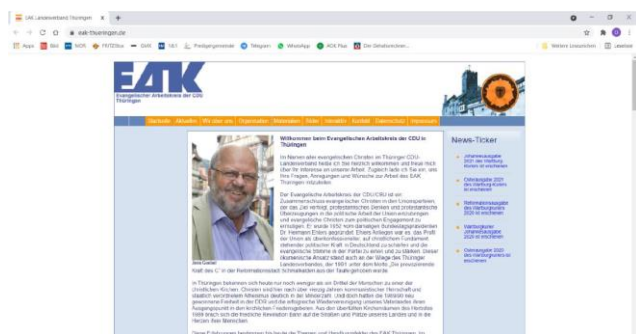
Das Gespräch fand im Erfurter Augustinerkloster statt.

und erfolgreich, so dass schnell eine weiterhin stabile Regierungs- und Parlamentsarbeit erwartet wird. Bei der Bundestagswahl konnte sich die CDU dem für sie negativen Trend nicht entziehen. Die Aufarbeitung der Gründe dauert an.

Die Thüringer Mitglieder berichteten über die schwierige Arbeit im Parlament. Wie geht man demokratisch mit Verächtern der Demokratie um? Wie grenzt man sich vom Extremismus ab, ohne das Gespräch mit den Menschen abubrechen? Nicht alle AfD-Mitglieder und -Wähler sind für die Demokratie nicht rückholbar. Vereinzelt hat es funktionierende Gesprächsformate in kirchlichen und anderen öffentlichen Räumen gegeben. Kirchen und christliche Politiker müssen auch mit Menschen reden, die der AfD angehören oder diese Partei wählen und dabei im engagierten Streit problematische Punkte deutlich benennen: Demokratieverachtung,

Ressentiments gegen alles „Fremde“, Verächtlichmachung demokratischer Institutionen. Christen beten für alle Menschen. Die Kirche ist eine Gemeinschaft, deren Mitglieder sehr unterschiedliche Positionen teilen. Dennoch bleiben wir im Gespräch und Gebet beieinander. Nicht zuletzt in der Pandemie hat sich das bewährt. Auch Landesbischof Kramer plädierte dafür, die einzelnen Menschen nicht aufzugeben, obwohl die AfD ihren antikirchlichen Kurs forciert habe.

Abschließend dankte Landesbischof Kramer den Mitgliedern des EAK als für ihn verlässliche Partnerinnen und Partner. Viele wichtige Themen konnten angesprochen werden, andere konnten nicht behandelt werden. Das gibt Stoff für die Fortsetzung des Gesprächs. Die Teilnehmenden vereinbarten ein Folgetreffen dieses Gedankenaustausches im kommenden Jahr



EAK Thüringen auch im Internet:
www.eak-thueringen.de

30 Jahre Religionsunterricht an Thüringer Schulen

Umstrittener Start, erfolgreiche Bilanz und neue Impulse

von Christine Lieberknecht, erste Thüringer Kultusministerin, Ministerpräsidentin a.D. und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises



Christine Lieberknecht

Als die erste Thüringer Landesregierung im November 1990 das Regierungshandeln im wiedererstandenen Land Thüringen übernahm, waren die bildungspolitischen Debatten um ein neues demokratisches Schulwesen bereits in vollem Gange. In etlichen Thüringer Städten und Landkreisen hatten Schulen bereits seit geraumer Zeit in eigener Verantwortung mit der Arbeit an eigenen bildungspolitischen Konzepten begonnen. Es herrschte bildungspolitische Aufbruchstimmung. Ein für alle Mal sollte Schluss sein mit der Indoktrination durch die sozialistische Staatsideologie und der Auslieferung von Kindern und Jugendlichen im DDR-Bildungswesen an die politischen Machthaber der „Diktatur des Proletariats“. Im Mittelpunkt sollten ab jetzt das Kind mit seinen Bedürfnissen und ein neuer Geist, geprägt von Freiheit, Offenheit, Individualität, Vielfalt, Toleranz und Verantwortung stehen. Die Forderung nach (Wieder-)einführung des Religionsunterrichts, der zu DDR-Zeiten konsequent für Jahrzehnte aus den Schulen verbannt worden war, gehörte damals nicht zu den Forderungen der bildungspolitischen Neuanfangs im Land. Und auch die im neuen Landtag vertretenden Parteien taten sich mit Ausnahme der CDU schwer damit, der Einführung eines Religionsunterrichts an Thüringer Schulen etwas Positives abzugewinnen. Allein die katholische Kirche bestand unter Berufung auf Artikel

7, Absatz 3 des Grundgesetzes von Anbeginn auf der Einführung des Religionsunterrichts an Thüringer Schulen als ordentliches Lehrfach.

Die pauschale Skepsis, dass jetzt allzu schnell „schwarz“ werde, was zuvor noch als „rot“ galt, war weit verbreitet. Nicht wenige Pfarrern und Pfarrer, die über Jahre mutig dem SED-Staat die Stirn geboten hatten, sahen auch im neuen Staat eher einen Gegner als einen Partner. Bischof Dr. Wanke vom Bistum Erfurt bemerkte zu dieser Situation einmal: „Ich bedaure, manchmal gerade auch bei Christen ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Repräsentanten des jetzigen Staats Bundesrepublik anzutreffen, als ob sie es noch mit den alten Staatsfunktionsnären der DDR zu tun hätten.“ (in Forum Politicum Jenense“, Nr. 6/99,93).

Dazu kamen die positiven Erfahrungen mit der Christenlehre, die sich anstelle des einstigen Religionsunterrichts in den kirchlichen Gemeinden als „Lernort für den christlichen Glauben“ über viele Jahre hinweg gut etabliert hatte. Hier sahen vor allem viele kirchliche Mitarbeiter, Katechetinnen und Katecheten, nicht nur die Gefahr eines Abbruchs dieser guten Entwicklung, sondern nicht zuletzt auch eine Gefährdung der eigenen Arbeitsstelle. Nicht jede und jeder, der mit christlichen Kindergruppen unter dem Dach der Kirche eine gute Arbeit leistete, konnte und wollte sich das unter den Bedingungen eines ordentlichen

Lehrfachs an einer öffentlichen Schule für sich vorstellen. Zudem hätte das ohne entsprechende Fort- und Weiterbildung in der Tat nicht so einfach funktioniert. Auch die CDU unter Lothar de Maiziere hatte in ihren neu formulierten Programmgrundsätzen vom März 1990 unter dem Kapitel „Chancengleichheit durch neue Bildungskonzeptionen“ noch jeden Gedanken an eine Mitwirkung der Kirchen herausgehalten. Die Einführung eines Religionsunterrichts war in diesem Gremium zum damaligen Zeitpunkt kein Thema gewesen.



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Thüringen

1991	Ausgegeben zu Erfurt, den 28. März 1991	Nr. 5
Tag 25.03.1991	Inhalt Vorläufiges Bildungsgesetz (VBIG)	Seite 61

Vorläufiges Bildungsgesetz (VBIG) Vom 25. März 1991

Der Thüringer Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Preamble

Das Bildungswesen in Thüringen muß infolge der Bestimmungen im Einigungsvertrag kurzfristig neu gestaltet werden. Das endgültige Bildungsgesetz muß nach dem Willen der Bevölkerung gründlich und langfristig beraten werden. Um dennoch die Neuordnung des Bildungswesens unverzüglich einleiten zu können, gehen für eine Übergangszeit von zwei Schuljahren die nachfolgenden Vorschriften gemäß auf diese Grundlage

Wie kam es dann doch bereits ein Jahr später im März 1991 im Thüringer Landtag mit der Verabschiedung des Vorläufigen Thüringer Bildungsgesetzes zur gesetzlichen Einführung des Religionsunterrichts und parallel dazu für nichtkonfessionell gebundene Schülerinnen und Schüler des Ethikunterrichts als ordentliche Lehrfächer an Thüringer Schulen?

Entscheidend für die politische Debatte und die Erreichung von Mehrheiten im Thüringer Landtag war die mit Grundgesetz Artikel 7, Absatz 3 gegebene Rechtslage, vor allem die Möglichkeit, dass die mit dem Grundgesetz gegebene Regelung

eingeklagt werden könnte. Die katholische Kirche hatte für den Fall, dass es keine Festschreibung des Religionsunterrichts im Thüringer Bildungsgesetz geben würde, unumwunden eine solche Klage beim Bundesverfassungsgericht angekündigt. **Für mich als damals verantwortliche Thüringer Kultusministerin war eine solche Drohung allerdings nicht der entscheidende Grund. Vielmehr war ich selbst innerlich der festen Überzeugung, dass im Religionsunterricht eine große Chance für unser Schulwesen liegen könne, wenn der Staat einer Institution außerhalb seiner selbst, nämlich der Kirche, auf diese Weise einen Freiraum einräumt, der auch das gesellschaftskritische Element einschließt.** „Wenn man das Wort Gottes ernst nimmt, wird man sich auch kritisch auseinandersetzen mit dem, was gesellschaftspolitisch Realität ist. Die Kirche kann dies von einer anderen Freiheit her tun ... Dieser Kritik soll sich der Staat aussetzen“, so meine damalige Argumentation, bezogen insbesondere gegenüber den Kritikern des Religionsunterrichts von Seiten meiner eigenen evangelischen Kirche. (Herder Korrespondenz, Oktober 1991, 465).

Dazu gehörte für mich auch die Hoffnung auf offene und spannende Debatten in den Lehrerzimmern mit Theologen und entsprechend ausgebildeten kirchlichen Mitarbeitern als neue Kolleginnen und Kollegen. Und natürlich ging es in allererster Linie um die Überzeugung, die ich als damals zuständige Ministerin teilte, dass es im Religionsunterricht um existentielle Fragen des Menschen gehe und dieser Unterricht schon allein deshalb nicht marginalisiert werden dürfe und zudem tunlichst authentisch, das heißt unter inhaltlicher Verantwortung der Kirchen unterrichtet werden sollte.

Einfach war das freilich alles nicht. Da war es gut, dass sich nach den

anfänglich sehr streitbefangenen Debatten, bei denen mir im Wesentlichen die katholische Kirche zur Seite gestanden hatte, im Lauf der weiteren Beratungen sich mit dem damaligen Oberkirchenrat und Dezernenten für Bildungsfragen Ludwig Große auch auf evangelischer Seite ein zunehmend engagierterer Mitstreiter für die Einführung des Religionsunterrichts gefunden hatte. Allerdings konnten wir trotz nunmehr grundsätzlicher Zustimmung beider großen Kirchen nicht voraussetzungslos zur Tagesordnung übergehen.

Neben den Fragen, die bei der Einführung eines neuen Unterrichtsfaches immer zu klären sind, wie die nach geeignetem Lehrpersonal, einschließlich nach dessen Ausbildung und Anerkennung, nach neuen Lehrplänen und Lehrmaterialien, nach der quantitativen und qualitativen Einordnung in die jeweiligen Stundentafeln u.a. mehr, waren in diesem Fall sämtliche Themen gemeinsam mit den evangelischen und katholischen Kirchen abzustimmen. Dazu kam die parallele Einführung des Ethikunterrichts, der abweichend von den alten Bundesländern nicht nur als „Ersatzunterricht“ angeboten werden sollte, sondern ebenfalls als dem Religionsunterricht gleichgestelltes ordentli-

der von kirchlicher Seite gestellten Lehrkräfte waren zwischen Staat und Kirche Gestellungsverträge auszuhandeln. Und staatliche Lehrkräfte brauchten eine Vokation durch die Kirchen als Ausdruck der kirchlichen Mitverantwortung für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.

Schließlich konnte trotz aller Skepsis um die Einführung des Religionsunterrichts und vieler Hürden, die auf diesem Weg zu nehmen waren, bereits im Schuljahr 1991/92 in etlichen Thüringer Regionen begonnen werden. Erste praktische Erfahrungen wurden gesammelt. Diese waren ermutigend. Mit viel Einfühlungsvermögen und innerer Überzeugung warb u.a. Bildungsstaatssekretär Hermann Ströbel für die Attraktivität des neuen Unterrichtsfachs aus Sicht von Schülern, Lehrern, der Schule, der Eltern und nicht zuletzt der kooperativen Zusammenarbeit von Kirche und Staat. „Begreifen wir Schule als Lernwerkstatt des Menschen für den Menschen (Comenius „officina hominum), dann brauchen wir den Religionsunterricht, weil er die fundamentalen Fragen des Lebens stellt und darauf auch Antworten zu geben vermag“, (so am 29.10.1997 in „Am Puls der Zeit. Treffpunkt Schule und Kirche“ in Reinhardsbrunn).



ches Lehrfach. Auch für die Einführung des konfessionell getrennten Religionsunterrichts, auf dem vor allem die katholische Kirche bestand, mussten in der Minderheitensituation, in der sich oft beide Kirchen an vielen Orten befanden, faire Regelungen getroffen werden. Bezüglich

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Einführung des Religionsunterrichts an Thüringer Schulen am 30. August 2001 in Weimar konnte Hermann Ströbel feststellen: „Dass der vor zehn Jahren auch auf kirchlicher Seite nicht unumstrittene schulische Religionsunterricht heute

anerkannt ist, haben wir der täglichen mühevollen Arbeit vieler Religionslehrerinnen und -lehrer zu verdanken, die ihren Glauben bezeugen, sich professionell auf existenzielle Grundfragen einlassen, den akademischen Streit nicht scheuen und in mühevoller Kleinarbeit Wertebewusstsein schaffen.“ **Damals besuchten 22,8 Prozent aller Schüler den evangelischen und 6,7 Prozent den katholischen Religionsunterricht. 65,8 Prozent wählten den Ethikunterricht. Diese Zahlen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten kaum verändert. Im vergangenen Schuljahr 2020/21 nahmen 23,5 Prozent der Schüler am evangelischen und 5,8 Prozent am katholischen Religionsunterricht und 69,4 Prozent am Ethikunterricht teil. Damit entschieden sich regelmäßig mehr Schüler eines Jahrgangs für den Besuch des Religionsunterrichts als christlich getauft wurden. Insgesamt waren für den Religionsunterricht 155 kirchliche und 512 staatliche Lehrkräfte an den Thüringer Schulen im Einsatz.**

In einer Pressemeldung der EKM vom 15. Juli 2021 heißt es aus Anlass der Einführung des Religionsunterrichts vor 30 Jahren: „Der Unterricht gibt mit seiner auf Vertrauen, Selbstverantwortung und solidarisches Handeln gerichteten Pädagogik wesentliche Impulse für das schulische Leben und leistet einen erkennbaren Beitrag für ein gutes Schulklima.“ Die sowohl von kirchlicher als auch von staatlicher Seite gezogene Bilanz ist erfreulich. Zugleich heißt es nach drei Jahrzehnten erfolgreichen Unterrichts aber auch „Aufbruch zu neuen Ufern“.

Bereits Anfang 2019 wurde für die Erteilung eines konfessionell-koperativen Religionsunterrichts in Thüringen eine Vereinbarung zwischen den Bistümern Erfurt, Dresden-Meißen und Fulda und der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands sowie der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck geschlossen. Dieser Unterricht soll im Rahmen eines Modellprojekts an ausgewählten Schulen insbesondere in Regionen mit besonders wenig kirchlicher Bindung stattfinden.

Immer stärker sind Religions- und Ethikunterricht in unserer pluralen Gesellschaft auch Teil des interkulturellen Bildungsauftrags unserer Schulen. In diesem Kontext haben sich die vorhandenen Thüringer Regelungen als erfreulich zukunfts- und anschlussfähig innerhalb des Fächerkanons unseres Thüringer Schulwesens erwiesen. Wertevermittlung ist kein Exklusivanspruch mehr von Religions- und Ethikunterricht, umso mehr aber sind gerade diese beiden Fächer zu unverzichtbaren Partnern eines wertegebundenen Unterrichts auch in den anderen Fächern geworden. Mehr denn je sind heute für Schülerinnen und Schüler eine ganzheitliche Bildung und Erziehung gefragt. **Die Vergewisserung über die eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln ist dabei ebenso unerlässlich wie eine nachvollziehbare Wertebeziehung eigenen Handelns. Zu diesen Herausforderungen leistet der Religionsunterricht an Thüringer Schulen in überzeugender Weise seinen Beitrag. Ich bin sicher, er wird dies auch in Zukunft tun.**

30 Jahre evangelischer Religionsunterricht an Thüringer Schulen

Rückschau und Ausblick

von Liane Engelbrecht, Leiterin des Referats Bildungsrecht im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Dr. André Demut, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Die allermeisten Menschen auf dieser Welt – wie modern sich die Gesellschaft, in der sie leben, auch immer begreifen mag – glauben an höhere Mächte und daran, dass die vorfindliche Welt nicht das Ganze der Wirklichkeit ist. Religionen sind vital. Sie geben Impulse für ein gutes menschliches Leben und bergen zugleich aufgrund unterschiedlicher individueller Weltanschauungen und Auffassungen Konfliktpotential. Deshalb sollten Grundordnungen der sich als säkular definierenden Gesellschaften Freiräume

vorsehen und sichern, in denen das Phänomen Religion öffentlich sichtbar bleibt und strukturiert bearbeitet werden kann. Das hierfür erforderliche faire und friedliche Zusammenwirken der Menschen braucht individuelles Wissen um Religionen und Weltanschauungen und will zugleich gelernt sein. Religiöse Bildung geschieht nicht nur im Eigeninteresse der Religionsgemeinschaften. Vielmehr trägt sie zur Sicherung freiheitlicher Gesellschaftssysteme bei. Die Geschichte Thüringens lehrt, dass sich in einer Gesellschaft das

Phänomen Religion nicht einfach durch staatliche Gewalt auslöschen lässt. Junge Menschen und deren Erziehungsberechtigte schätzen noch immer religiöse Bildung, beispielsweise durch den Besuch des an Thüringer Schulen in gemeinsamer Verantwortung von Staat und Kirche angebotenen evangelischen Religionsunterrichts.

Von der Abschaffung des Religionsunterrichts ...

Vor 75 Jahren - 1946 - verlor der konfessionell getrennte Religionsunterricht in der Sowjetischen Besatzungszone¹ den Status eines ordentlichen Lehrfachs². Begründet wurde dies mit der für den schulischen Bereich notwendigen Trennung von Staat und Kirche. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 garantierte:

Artikel 40

„Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. (...)“

Artikel 44

„Das Recht der Kirche auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schule ist gewährleistet. Der Religionsunterricht wird von den durch die Kirche ausgewählten Kräften erteilt. Niemand darf gezwungen oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Über die Teilnahme am Religionsunterricht bestimmen die Erziehungsberechtigten.“

Als außerschulische Angelegenheit war der Religionsunterricht Repräsentation der DDR-Bürokratie ausgesetzt. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kirchen und der DDR-Führung beendete 1958 der Minister für Volksbildung Fritz Lange per Erlass „zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozess der allgemeinbildenden Schulen“.³ Der „Lange-Erlass“ ordnete zur Vermeidung einer Überbeanspruchung der Schüler*innen eine zweistündige Zwangspause zwischen staatlichem Unterricht und außerschulischen Aktivitäten an. Jede Werbung für den Religionsunterricht wurde verboten, die Bereitstellung von Schulräumen auf

Grundschulen beschränkt. Die komplizierte Unterrichtsorganisation zwang die Kirchen zur Preisgabe eines flächendeckenden Unterrichtsangebots. Zunächst brach der Unterricht im ländlichen Raum weg. Ab 1962 fand in schulischen Räumen kein Religionsunterricht mehr statt.

Ende 1989 gehörten im Gebiet der DDR weniger als 40 Prozent der Bevölkerung einer Kirche an, davon knapp 85 Prozent einer evangelischen Landeskirche. Der Religionsunterricht war seit Jahrzehnten aus den schulischen Stundentafeln verbannt, christlich konnotierte Begriffe und Formulierungen im Sprachgebrauch von Verwaltung, Schule und Universitäten durch neutrale, umschreibende Formulierungen ersetzt⁴, die religiöse Sprachfähigkeit weiter Teile der Bevölkerung beeinträchtigt.

... zur Wiederzulassung religiöser Werte in Schule und Gesellschaft ...

Seit dem 3. Oktober 1990 gilt für das Gebiet der aufgelösten DDR das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Artikel 7 Absatz 2 und 3 GG beinhaltet in teilweise wörtlicher Übereinstimmung die Formulierung des Artikels 149 Absatz 1 und 2 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919:

Artikel 7

„(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des

Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen (...) ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“

Die Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 hatte der Entkirchlichung weiter Teile der Bevölkerung und zugleich religiösen Minderheiten Rechnung zu tragen:

Artikel 22 Absatz 3

„Die Lehrer haben auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Schüler Rücksicht zu nehmen.“

Artikel 25

„(1) Der Religions- und Ethikunterricht sind an den öffentlichen Schulen ordentliche Lehrfächer.

(2) Die Eltern und anderen Sorgeberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religions- oder Ethikunterricht zu entscheiden. Mit Vollendung des 14. Lebensjahres obliegt diese Entscheidung den Jugendlichen in eigener Verantwortung.
(3) Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“

Artikel 7 GG sowie das korrespondierende Landesverfassungsrecht besitzen Grundrechtsqualität sowohl im Hinblick auf die Erziehungsberechtigten bzw. Schüler*innen als auch auf die Religionsgemeinschaften. Das Verhältnis beider verfassungsrechtlicher Regelungen bestimmt Artikel 142 GG. Danach bleiben ungeachtet Artikel 31 GG⁵ Bestimmungen der Landesverfassung

¹ In der SBZ waren mehr als 90 Prozent der Bevölkerung Christen, die überwiegend den evangelischen Landeskirchen angehörten.

² § 2 des Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule vom Mai/Juni 1946; Dieses aufgrund Befehls der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) von den Landesverwaltungen der Länder Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-

Vorpommern sowie der Provinzen Sachsen und Mark Brandenburg jeweils gleichlautend beschlossene Gesetz bildete die rechtliche Basis für die Zentralisierung des Schulsystems. Abgelöst wurde es durch das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. Dezember 1959.

³ Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, Nr. 85, Gütersloh 1958, S. 163 f.

⁴ Klaus Siewert, Vor dem Karren der Ideologie: DDR-Deutsch und Deutsch in der DDR, Münster 2004, S. 321

⁵ Artikel 31 GG: „Bundesrecht bricht Landesrecht.“

auch insoweit in Kraft, als sie in Übereinstimmung mit den Artikeln 1 bis 18 GG Grundrechte gewährleisten. Das bedeutet zugleich, dass weiterreichende landesrechtliche Garantien dem Vorrang des Bundesrechts unterliegen, also gegenüber abweichenden bundesrechtlichen Regelungen zurücktreten. Würden dagegen Thüringer Regelungen zum Religionsunterricht den Garantien des Artikels 7 GG nicht genügen, wäre das Landesrecht insoweit ungültig und damit unbeachtlich. Seit der Wiedervereinigung ist der im Freistaat wiedereingeführte konfessionell getrennte Religionsunterricht durch Bundesrecht vor Einschränkungs- bzw. Abschaffungstendenzen auf Landesebene doppelt gesichert. Erziehungsberechtigte bzw. Schüler*innen und Religionsgemeinschaften können sowohl den Thüringer Verfassungsgerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht anrufen, sollte ihnen der Religionsunterricht ihrer Konfession durch staatliche Willkür vorenthalten werden.

..., die gegenwärtige Situation des evangelischen Religionsunterrichts ...

Das 1993 durch das Thüringer Schulgesetz abgelöste Vorläufige Bildungsgesetz vom 25.03.1991 regelte den Religionsunterricht im Wesentlichen grundgesetzkonform. Ab dem Schuljahr 1991/1992 sind an Thüringer allgemeinbildenden Schulen der konfessionell getrennte Religionsunterricht und der Ethikunterricht als ordentliche Lehrfächer entsprechend dem jeweiligen Bedarf durchgehend eingerichtet. Seit nunmehr 30 Jahren setzen sich junge Menschen im Schulunterricht mit den großen Fragen des Lebens

auseinander: Wer bin ich? Wer will ich sein? Woher kommen wir? Wie können wir gemeinsam das Zusammenleben aller gestalten? Wie gelingt Frieden? Wem kann man vertrauen? Was dürfen wir hoffen? Es geht um ethische, soziale und politische Fragen, Umweltschutz, Flüchtlinge im Mittelmeer – menschliche Katastrophen im Großen wie im Kleinen.

Eigene Überzeugungen und Positionen werden entwickelt und diskutiert. Schüler*innen ergründen sperrige biblische Texte, lesen und hören Zeugnisse anderer Religionen, analysieren Gedanken von Immanuel Kant, Olympe de Gouges oder Hartmut Rosa, überlegen, was Jesus dazu sagen würde, fragen ihre Lehrer*innen: „Glauben Sie das wirklich?“. Staatliche Lehrkräfte mit mindestens einer weiteren Lehrbefähigung in einem anderen Unterrichtsfach und kirchliche Gestellungskräfte – Pfarrer*innen und Gemeindepädagog*innen – setzen Impulse, diskutieren, hören zu, offenbaren ihre eigenen Überzeugungen, positionieren sich, stehen für Gespräche zwischen Tür und Angel bereit.

Dennoch nimmt die Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht entsprechend der allgemeinen Entwicklung der evangelischen Kirchenglieder ab. Im Schuljahr 2012/13 besuchten 43.357 Thüringer Schüler*innen den Unterricht, im Schuljahr 2020/2021 noch 38.879.⁶ Die Schulschließungen und die Umstellung des Unterrichts auf digitale Formate seit März 2020 aus Anlass der Corona-Pandemie haben zu keinen spürbaren Einbrüchen geführt.

Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen variiert Schulart-spezifisch. Im gymnasialen Bereich ist nach wie vor eine konstante Teilnahme zu

verzeichnen. Insbesondere an Grundschulen im ländlichen Raum fehlen Religionslehrkräfte. Dort wird das Fach häufiger mit nur einer Wochenstunde oder gar nicht angeboten. Der Grundschullehrkräftemangel lässt sich nicht vollständig durch die Gestellung kirchlicher Mitarbeiter*innen ausgleichen. Das hat zunehmend Auswirkungen auf den Unterrichtsbesuch an Regelschulen. Mit Ausnahme der Bereiche Erziehung und Pflege wird das Fach an berufsbildenden Schulen kaum angeboten.

Erfreulicherweise bleibt in Thüringen der Anteil evangelischer Schüler*innen im Verhältnis zur Schülergesamtzahl stabil. 30 Prozent der Teilnehmer*innen am evangelischen Religionsunterricht sind keine evangelischen Kirchenglieder. Auch wird der Unterricht verstärkt durch staatliche Lehrkräfte abgedeckt.⁷ Bedenklich stimmt hingegen, dass im Freistaat derzeit 481 für den evangelischen Religionsunterricht angemeldeten Schüler*innen kein Unterricht angeboten werden kann.⁸

... und wie das Fach nachhaltig an Thüringer Schulen abgesichert werden kann.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Zahl der von den evangelischen Kirchen in Thüringen gestellten kirchlichen Religionslehrkräfte nahezu halbiert. Die zunehmend mit der Unterrichtsabdeckung betrauten staatlichen Lehrer*innen sind deutlicher gefordert, den kirchlichen Auftrag in die Lebenswelten der jungen Menschen einzutragen. Gelingen kann ihnen dies durch eine verlässliche Bindung an das kirchliche Umfeld ihrer Schule bzw. ihres Wohnorts. Kirchengemeinden und Kirchenkreise sind aufgerufen, auf

⁶ Zum Vergleich Sachsen-Anhalt: Schuljahr 2012/2013 - 31.201 Schüler*innen, Schuljahr 2020/2021 - 27.273 Schüler*innen

⁷ Im Schuljahr 2012/2013 erteilten 450 staatliche Lehrer*innen das Fach Evangelische Religionslehre, im Schuljahr 2020/2021 waren es 510.

⁸ Zum Vergleich Sachsen-Anhalt: Hier erhalten aktuell 955 für den evangelischen Religionsunterricht angemeldete Schüler*innen keinen Unterricht.

staatliche Religionslehrer*innen zuzugehen, sie anzusprechen und deren Arbeit in der Schule öffentlich wahrnehmbar wertzuschätzen, beispielsweise durch die Einladung zu Begegnungsnachmittagen.



Kirchenrechtsrätin Liane Engelbrecht ist Leiterin des Referats Bildungsrecht im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

Die Gewinnung von Lehramtsstudierenden an Thüringer Universitäten bedarf einer verstärkten Bewerbung des Fachs sowie einer persönlichen Kontaktpflege durch kirchliche Vertreter*innen.

Die zur Behebung des Lehrkräftemangels mit der Erteilung des Fachs betrauten Quer- und Seiteneinsteiger*innen in das staatliche Lehramt besitzen unterschiedliche theologische und pädagogische Vorbildungen. Individueller Beratungsbedarf sowie speziell zugeschnittene Ausbildungs- und Begleitprogramme sind nötig. Im Frühjahr 2022 wird ein kirchliches Pilotprojekt für ein dauerhaftes Qualifizierungsangebot in hybrider Form starten.

Der Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen könnte junge Erwachsene erreichen, die für klassische Angebote der kirchlichen Gemeindegemeinschaft kaum ansprechbar sind. An einer staatlichen Berufsschule im Kirchengebiet der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland soll für die Ausbildung junger Landwirte das Modell eines „Religionsunterrichts am anderen Ort“ unter dem Motto „Landwirtschaft trifft Religion“ erprobt werden. Die Erörterung ausbildungs- und berufsbezogener Themen und Fragestellungen im Rahmen neuer Lernformen steht im Mittelpunkt.

Aktuell besuchen 23,5 Prozent der Thüringer Schüler*innen den evangelischen und 5,8 Prozent den katholischen Religionsunterricht. Die „allgemeinbildende“ Funktion der religiösen Bildung an öffentlichen Schulen bleibt gewahrt, wenn sich möglichst viele Schüler*innen für den Religionsunterricht interessieren und daran teilnehmen. Die Bildung konfessioneller schulischer Lerngruppen gelingt aufgrund der regional unterschiedlichen religiösen bzw. konfessionellen Prägung der Bevölkerung nicht überall in gleichem Maße. Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist in Thüringen ein konfessionell getrennter Religionsunterricht anzubieten. Deshalb bedarf es auch für den evangelischen Religionsunterricht starker Verbündeter sowie einer konzeptionellen Neuausrichtung.

Vor diesem Hintergrund wurde Anfang 2019 die „Vereinbarung zwischen den Bistümern Erfurt, Dresden, Meißen und Fulda und der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland sowie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck über konfessionell-kooperativ erteilten Religionsunterricht in Thüringen“ geschlossen. Danach soll insbesondere in Regionen, die hinsichtlich einer oder beider Konfessionen eine Diaspora-Situation aufweisen, im Rahmen eines befristeten Modellprojekts an ausgewählten öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ein konfessionell-kooperatives Religionsunterrichtsangebot erprobt werden. Entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Schule sowie nachrangig zur Bildung konfessionell homogener Lerngruppen können nach dem Willen der Kirchen im Rahmen des konfessionellen Religionsunterrichts gemischt-konfessionelle Lerngruppen eingerichtet werden, die in einem pädagogisch verantwortbaren Turnus abwechselnd von einer katholischen und einer evangelischen

Lehrkraft – oder umgekehrt – zu unterrichten sind. Die konfessionelle Prägung des Unterrichts richtet sich nach der kirchlichen Beauftragung der unterrichtenden Lehrkraft (Missio canonica oder Vocatio). Teilnehmenden Schüler*innen ist das jeweilige konfessionelle Profil ökumenisch sensibel darzustellen und zu bezeugen. Die Durchführung des Modellprojekts erfordert Zustimmungserklärungen der Schulleitung, der Erziehungsberechtigten bzw. der religionsmündigen Schüler*innen und der interessierten Lehrkräfte. Die amtlichen Lehrpläne für die Fächer Evangelische sowie Katholische Religionslehre sind durch Lehrplanhinweise zu ergänzen, interessierte Lehrkräfte fortzubilden.

Da der Religionsunterricht gemeinsam von Staat und Kirche verantwortet wird, müssen die Kirchen zu diesem Modellprojekt eine gemeinsame Vereinbarung mit dem Freistaat Thüringen abschließen. Das noch nicht unterzeichnete Vertragsdokument stellt klar, dass die staatlichen Regelungen zum konfessionell getrennten Religionsunterricht bei der Umsetzung des Modellprojekts zu wahren sind.

Allen Beteiligten bleibt zu wünschen, dass diese für Thüringen richtungsweisende Übereinkunft zum Religionsunterricht zustande kommt und erfolgreich umgesetzt werden kann.



Oberkirchenrat Dr. André Demut ist seit dem 1. März 2021 Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen.

Hessisch Thüringen

Nachrichten aus einer vergangenen Welt

von Prof. Dr. Jens Goebel, Kultusminister a.D., Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen



Jens Goebel

Die Kleinteiligkeit territorialer Souveränität hat in den vergangenen Jahrhunderten die Entwicklung in Deutschland geprägt. Für das sich immer wieder verändernde Bild der Landkarte Deutschlands mit seinen bis zu 1700 eigenständigen Staaten ist der Name „Flickenteppich“ sprichwörtlich geworden. Dabei spielten nicht einmal landsmannschaftliche Zugehörigkeiten eine besondere Rolle. Jeder Landesherr nahm, was er kriegen konnte. Erbteilungen und das Erlöschen von Linien veränderten das Bild ständig. Lange bestimmten die Landesherrn auch die religiöse Prägung ihrer Untertanen. Das ist die Basis der Gliederung der Kirchengebiete innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland bis heute. Nachmittag, was er kriegen konnte.

Im Jahre 1360 erwarben die Landgrafen von Hessen Besitzanteile an der Herrschaft Schmalkalden, die in etwa so groß war, wie der Altkreis Schmalkalden im Jahr 1990. Diese Anteile mussten sie sich bis 1583 mit der Grafschaft Henneberg-Schleusingen teilen. Nach dem Aussterben der dortigen Grafenlinie wurde der Kreis kurhessisch und schließlich wie die übrigen Territorien von Kurhessen 1866 preußisch und Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau mit der Provinzhauptstadt Kassel. Im Zuge der totalen Kriegsführung gliederte der NS-Staat 1944

die preußischen Gebiete in Thüringen in das Land Thüringen ein. Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs befanden sich Hessen und Thüringen auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs. Die Trennung der Territorien verfestigte sich. Kaum jemand nimmt heute im täglichen Leben mehr wahr, dass auch die thüringische Landeshauptstadt Erfurt bis 1944 zu Preußen gehörte. Ein Blick in andere Teile unserer Welt verrät, dass Grenzen menschengemachte Trennlinien sind, die sich in historischer Dimension häufig ändern. Für Menschen, die davon betroffen sind, bedeutet dies immer Veränderung, manchmal Freude und oft Leid. Die Unverletzlichkeit von Grenzen oder die territoriale Integrität ist daher heute ein wichtiger Grundsatz des Miteinanders von Staaten. Freilich wird dieser Grundsatz immer wieder verletzt.

Der Kreis Schmalkalden gehört heute als Teil des Landkreises Schmalkalden-Meiningen natürlich zu Thüringen. Kirchenrechtlich gehört er aber für evangelische Christen zur Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.



Schmalkalder Schloss

Im Zuge der Reformation wurden nach 1517 weite Teile West-, Nord- und Mitteleuropas protestantisch. Der Widerstand Kaiser Karls V. gegen diese Entwicklung, verschiedene Reichstage und sogar der Schmalkaldische Krieg von 1547

konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Die verschiedenen Landesherrn wollten aber die Einheit im Glauben in ihren jeweiligen Territorien bewahren. So kam es im Augsburger Religionsfrieden von 1555 zur Verabschiedung des Grundsatzes „wes Fürst, des Glaube“. Die Religion des Landesherrn bestimmte die Religion der Untertanen. Das brachte erneut Leid über Menschen, die im „falschen“ Land lebten und nun konvertieren oder sich eine neue Bleibe suchen mussten. Auch kriegerische Auseinandersetzungen blieben nicht aus. Und dass es bei der Reichsgründung von 1871 nur zur „kleindeutschen“ Lösung kam, lag nicht zuletzt daran, dass das protestantische Preußen seine Hegemonie behaupten wollte und die süddeutschen katholischen Territorien, insbesondere die Habsburger Monarchie, außen vor bleiben sollten.

Die evangelischen Kirchen in Deutschland waren bis 1918 Kirchen der jeweiligen Länder, deren Oberhäupter meist die regierenden Fürsten waren. Erst durch die Weimarer Reichsverfassung kam es zu einer gewissen Trennung von Kirche und Staat. Die Territorien der heute bestehenden zwanzig Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) haben sich auf dieser Grundlage geformt.

Der ehemalige preußische Kreis „Herrschaft Schmalkalden“ ist heute ein Kirchenkreis der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW), dessen Wiederangliederung vor dreißig Jahren erfolgte. Das ist ein kleines Jubiläum und zugleich Anlass für diesen Bericht. Damit gibt es wieder eine mentale Brücke aus dem Thüringer Wald nach

Hessen, die an die beinahe sechshundertjährige politische Zugehörigkeit erinnert. **Dass das so ist, war nicht selbstverständlich, sondern die bewusste Willensentscheidung der evangelischen Christen im Schmalkalder Raum nach der friedlichen Revolution.**

Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde klar, dass die Verwaltung des Kirchengebietes von Kassel aus nur schwer möglich war. Die Machthaber in Ost-Berlin behinderten den Verkehr über die innerdeutsche Grenze nach Kräften. 1951 gab es einen ersten Vertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (ELKT) über die Unterstützung des Kirchenkreises bei der Verwaltung seiner Angelegenheiten, der Bestellung von Pfarrern und weiteren administrativen Tätigkeiten durch die ELKT. Nach dem Bau der Mauer 1961 wurde die Situation noch schwieriger. Auch die Einheit der EKD war der DDR-Führung ein Dorn im Auge. 1969 traten die acht ostdeutschen Landeskirchen aus der EKD aus und gründeten den Bund Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK).

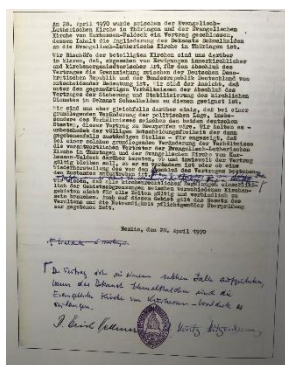


Abbildung des „Geheimvertrags“ von 1970

1971 schlossen die thüringische und die kurhessische Landeskirche einen neuen Vertrag, der die Eingliederung des Kirchenkreises Schmalkalden in die ELKT vereinbarte. Dabei wurden für den Kirchenkreis Sonderrechte festgelegt. Da einzelne Gemeinden des Kirchenkreises

einer reformierten Tradition folgen, sollten die Gemeinden geistlich und finanziell unabhängig sein von der Landeskirche, ihre Kirchensteuern selbst einheben und ihre administrativen Belange weitgehend selbst regeln dürfen. Schließlich wurde in einer „Geheimvereinbarung“ geregelt, dass bei Änderung der politischen Verhältnisse im beiderseitigen Einvernehmen eine Rückgliederung erfolgen solle. Zu diesem letzten Punkt gab es ein von den beiden Bischöfen Vellmer (EKKW) und Mitzenheim (ELKT) unterzeichnetes Papier, welches nur in einer Ausfertigung existierte und beim BEK in Ost-Berlin hinterlegt wurde.

Damit waren die Verbindungen zwischen Schmalkalden und Kassel jedoch nicht abgetrennt. Für einen regelmäßigen Austausch wurden halbjährliche Treffen in Berlin verabredet, an denen alle Pfarrer des Kirchenkreises und die Leitung der EKKW teilnahmen. Spricht man heute mit Pfarrern über die Zeit der Trennung, dann hört man oft: „Wir haben unseren Bischof öfter getroffen, als die meisten unserer Amtsbrüder in Hessen.“ Für die Gemeinden war ihre hessische Zugehörigkeit auch durch den Gebrauch des Hessischen Gesangbuchs im Gottesdienst ständig präsent.

So war es kein Wunder, dass nach dem Fall der Mauer eine rege Reise-tätigkeit zwischen Schmalkalden und Kassel einsetzte und Pfarrer wie Gläubige sich eine baldige Rückgliederung wünschten. Alfred Schreiber, der Dekan des Kirchenkreises Schmalkalden, machte diese Sache zu seiner eigenen. Auf seine Initiative hin beschloss bereits im Frühjahr 1990 die Kreissynode einstimmig einen Antrag auf Rückgliederung an die beiden Landeskirchen. Grundlage war der damalige Geheimvertrag. Es gab nur eine Schwierigkeit: Der Vertrag war in Berlin nicht auffindbar. Hartnäckiges Nachfragen setzte weitere

Suchaktionen in Gang, die schließlich von Erfolg gekrönt waren. Der Vertrag wurde im Verlaufe des Jahres 1990 an den Bischof der EKKW, Hans-Gernot Jung, übergeben und befindet sich heute im Archiv der Landeskirche. Auch die Landessynode der EKKW sprach sich für eine Rückgliederung aus. Der entsprechende Kirchenvertrag wurde am 15. März 1991 von den Bischöfen Dr. Werner Leich (Thüringen) und Jung (Kurhessen-Waldeck) unterzeichnet. Ab 1992 vertraten Pfarrer Christoph Bunge (Trusetal) und Erich Nothnagel (Steinbach-Hallenberg) den Kirchenkreis in der Landessynode.



Martin-Luther-Schule der EKKW

Nach dreißig Jahren blicken die evangelischen Christen im Kirchenkreis Schmalkalden auf eine in vielerlei Hinsicht positive Entwicklung zurück. Kirchen, Pfarrhäuser und Gemeinderäume wurden fast überall aufwändig saniert. Für jede Kirchgemeinde gibt es in erreichbarer Nähe einen Evangelischen Kindergarten. Mit der „Martin-Luther-Schule“ besitzt der Kirchenkreis eine Schule mit besonderem pädagogischen Profil. Sie vergrößerte den Bestand an allgemeinbildenden Schulen in unserer Landeskirche um 50 Prozent. Gegenwärtig bemüht sich eine Elterninitiative um einen Ausbau zu einer Gemeinschaftsschule. Hier gilt es in den kommenden Jahren die Zahl der Unterstützer auch außerhalb des Kirchenkreises in der Landeskirche zu vermehren und die Angst vor zu großen finanziellen Belastungen abzubauen. Der Rückgang der Kirchenmitglieder ist im Kirchenkreis Schmalkalden nicht mehr

viel geringer als anderswo in Deutschland. Es nützt nichts, wenn am Ende eine Landeskirche mit gut gefüllten Konten, aber ohne Mitglieder dasteht. **Wir müssen jeden Cent**

in die Jugend, ihre religiöse Bildung und Bindung investieren, wenn das Wort Gottes auch künftig noch kraftvoll, vielstimmig und gut hörbar verkündigt werden soll. Der

Kirchenkreis Schmalkalden besitzt dafür gute Voraussetzungen.

Staatsleistungen – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Staatsfinanzierung der Kirchen?!

von Kirchenrat Christian Klein, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera

Pressestimmen:

- Neue Pläne für das Ende der Staatsleistungen an die Kirchen (*Deutschlandfunk*, 21.05.2021)
- Staatsleistungen an die Kirchen: Nicht in bester Verfassung (*taz*, 13.03.2020)
- Erste Politiker wollen Zahlungen an Kirchen überprüfen (*Focus.Online*, 27.03.2013)

Solche und andere Pressestimmen sind in den letzten Jahren immer wieder durch die Medien gestreift. Sie sind Ausdruck des steigenden finanziellen Einsparungsdrucks der Politiker in den öffentlichen Haushalten und der Skandale um das Finanzgebaren der Kirchen. Im Fokus stand im Jahr 2013 insbesondere der Limburger Bischof Tebartz van Elst wegen gestiegener Baukosten des Diözesanen Zentrums Sankt Nikolaus im Bistum Limburg. Dieser Vorgang erregte bundesweit Aufsehen. Auch die zunehmende Säkularisierung der Bevölkerung und damit einhergehend die mangelnde Identifikationskraft mit der Kirche hat einen erheblichen Anteil am Unverständnis der Menschen für die Staatsleistungen an die Kirchen.



St. Marien in Gera-Untermhaus

Die Diskussionen sind von einer erheblichen Unkenntnis über die Hintergründe der Zahlungen gekennzeichnet. Dieser Aufsatz soll die Hintergründe überblickartig beleuchten und so Verständnis für eine sachgerechte Debatte schaffen.

Begriff und Einteilung der Staatsleistungen

Nach der gängigen Definition handelt es sich bei den Staatsleistungen um alle auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden finanziellen Zuwendungen der Länder an die Kirchen, die aufgrund historischer Gegebenheiten entstanden sind.

Damit weist der Begriff der Staatsleistungen drei Komponenten auf. Dies ist

- **eine vermögenswerte Rechtsposition,**
- **die auf Dauer angelegt ist und**
- **sachlich einen historischen Bezug zu säkularisationsbedingten Vermögensverlusten der Religionsgemeinschaften hat.**

Die Staatsleistungen sind ein Unikum des deutschen Staatskirchenrechtes und so in unseren Nachbarstaaten wie Frankreich, Italien, Polen etc. nicht anzutreffen.

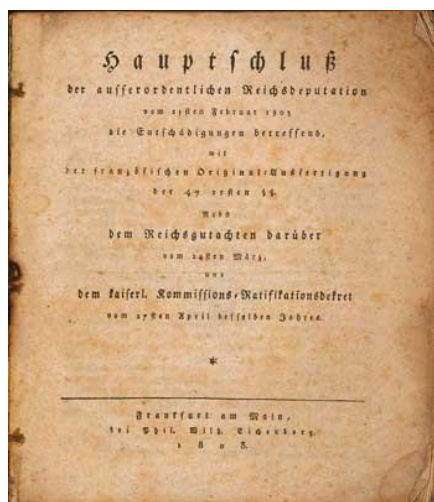
Staatsleistungen sind abzugrenzen von den Zuwendungen und Zahlungen des Staates insbesondere der Länder an die zwei Großkirchen (Evangelische und Katholische Kirche), die gezahlt werden, weil die Großkirchen öffentliche Aufgaben

wahrnehmen, wie den Betrieb eines Jugendhauses, eines Kindergartens oder einer psychosozialen Beratungsstelle. Auch diese Zahlungen werden landläufig als Staatsleistungen bezeichnet, im Kern sind es aber keine. Die gesellschaftliche Debatte wird durch die unklare Abgrenzung und die fehlerhafte Verwendung von Begrifflichkeiten geprägt. Der Staat kann zwar entscheiden, ob er den Kirchen Subventionen für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben gibt oder nicht. Die eigentlichen Staatsleistungen stehen im Rechtsgrund der Erfüllung von Entschädigungsverpflichtungen aber nicht zur Disposition.

Entstehung der Staatsleistungen

Die Entstehung der Staatsleistungen wird nur verständlich, wenn man den historischen Kontext näher beleuchtet. Immer wieder wurde durch die Jahrhunderte Kirchenbesitz säkularisiert: in der Reformation, beim Westfälischen Frieden, den Reformen Kaiser Joseph II und mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Alle diese Ereignisse führten zur Aufhebung kirchlicher Institutionen und zur Verstaatlichung ihres Besitzes. Bezeichnend dafür ist das letzte Verfassungsgesetz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – der Reichsdeputationshauptschluss (RDH). Durch ihn wurde das Verhältnis von Staat und Kirche einschließlich des politischen Gefüges im

Reichsgebiet grundlegend verändert. Der RDH übertrug als Folge des Friedens von Luneville (1801), nach Beendigung des zweiten Koalitionskrieges gegen Frankreich, die linksrheinischen Gebiete auf Frankreich und bestimmte, dass die weltlichen Fürsten, welche Gebietsverluste erlitten hatten, aus dem Reich heraus entschädigt werden. Damit führte der RDH zu einer nicht unbedeutenden Gebietsverschiebung.



Ein erheblicher Teil der Entschädigung geschah durch die Säkularisation geistlicher Territorien. Dadurch wurden die auf vormaligem Kirchengebiet geltenden Herrschaftsrechte und deren Vermögen einschließlich der Vermögen der Domkapitel und der Inhaber höherer Kirchenämter auf den erwerbenden Staat übergeben. Darüber hinaus erlaubte der RDH sämtlichen Landesherren, die landsässigen Besitzungen der im Reich anerkannten Konfessionen, mit Ausnahme des Vermögens der örtlichen Pfarrkirchen, zu übernehmen. Damit wurden auch die Unterhaltungspflichten, die ursprünglich die geistlichen Territorien trafen, auf den Staat übertragen. Dies traf auch die Verpflichtung zum Unterhalt von Kirchen und der dazugehörigen Pfarrstellen.

Den Staaten erwuchs aus der Säkularisationsermächtigung die Verpflichtung, die von den Kirchen wahrgenommenen Aufgaben aus

den erzielten Gewinnen zumindest in gewissem Umfang weiter zu unterstützen. So entstanden weitere gesetzliche, vertragliche oder gewohnheitsrechtliche Anspruchsgrundlagen für Staatsleistungen an die Kirchen. Diese wirken bis heute fort.

Ablösung der Staatsleistungen

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Republik, entfalteten mehrere deutsche Länder Initiativen zur ersatzlosen Streichung der überkommenen Staatsleistungen. Dies führte zu heftigen Widerständen kirchenfreundlicher Kräfte in der Weimarer Nationalversammlung, die für den Bestand der Staatsleistungen eintraten. Das Ergebnis der politischen Auseinandersetzung war der Kompromiss so wie er im Art. 138 Abs.1 Weimarer Reichsverfassung (WRV) wiedergegeben wird. Der Kompromiss beinhaltet die Verpflichtung zur Ablösung durch Landesgesetzgebung auf der Grundlage einer einheitlichen neutralen Grundsatzgesetzgebung der gesamtstaatlichen Ebene. Damit wurde kraft Verfassungsrecht die vermögensrechtliche Trennung zwischen Staat und Kirche anerkannt, aber auf eine endgültige Entscheidung des Gesetzgebers vertagt.

Nach 1949 waren sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes einig, dass der Art. 138 WRV auch im Nachkriegsdeutschland Geltung beanspruchen sollte. Deswegen wurde über den Art. 140 des Grundgesetzes (GG) die Artikel 138 ff WRV inkorporiert. Die Artikel der WRV sind weiterhin vollwertiges Verfassungsrecht. Die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsätze der Ablösung ist mit Inkrafttreten des Grundgesetzes auf den Bund übergegangen. Aber genauso wie die Reichstagsparteien und Abgeordneten sich in den vierzehn Jahren des Bestehens der Weimarer Republik

nicht über Grundsätze der Ablösung einigen konnten, so einigte sich der Deutsche Bundestag bisher nicht.

Da der Bund bisher die Grundsatzgesetzgebung in dieser Angelegenheit nicht ausgeübt hat, entfaltet dies eine Sperrwirkung für die Landesgesetzgebung.

Zur Berechnung des Ablösungsbetrages wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass die jeweilige Jahresleistung (Staatsleistung) mit dem Faktor 25 zu kapitalisieren wäre. Jedoch sind auch andere, geringere von 10, 15, 18, aber auch höhere von 40 oder sogar 80 im Gespräch.

Der Staat kann sich jedenfalls nicht auf den Wegfall der Geschäftsgrundlage für die Entschädigungszahlungen mit Verweis auf den Wandel der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaft berufen.

Höhe der Staatsleistungen

Die konkrete Höhe der derzeit gezahlten Staatsleistungen basiert auf religionsverfassungsrechtlichen Verträgen, den sogenannten Staatskirchen-Verträgen die zwischen den einzelnen Bundesländern und den jeweiligen evangelischen Landeskirchen und der Katholischen Kirche geschlossen worden sind. Im Freistaat Thüringen ist für die Berechnung der Staatsleistungen Artikel 13 des Vertrages des Freistaates Thüringen mit den Evangelischen Kirchen in Thüringen vom 15. März 1994 maßgebend. Dieser enthält insbesondere die Festlegung pauschalierter jährlicher Beträge mit einer Dynamisierungsklausel, die die Progression der Zahlung an die Entwicklung der Landesbeamtenbesoldung koppelt. Es handelt sich dabei juristisch nicht um eine Neubegründung oder Ablösung von Staatsleistungen, sondern um eine bereinigte Zusammenfassung bestehender

und vor 1919 begründeter staatlicher Verpflichtungen. Die vertragliche Vereinbarung dient nicht der Änderung des Legitimationsgrundes, sondern lediglich der Pauschalierung und somit der Rechtsklarheit. Der Freistaat Thüringen hat an die Gliedkirchen der EKD auf ihrem Gebiet im Jahr 2011 ca. 16,5 Mio. EUR gezahlt, das Land Sachsen-Anhalt ca. 24,3 Mio. Euro.

Finanzierung kirchlicher Arbeit

Irrtümlich wird immer in der Debatte um die Ablösung der Staatsleistungen behauptet, dass diese die wesentlichen Einnahmequellen der Kirchen seien. Die kirchliche Arbeit finanziert sich gemäß einer Erhebung der Evangelischen Kirche in Deutschland, nachzulesen unter www.ekd.de/kirchenfinanzen/finanzen/kirchliche-arbeit/staatsleistungen.html, aus drei Gruppen von Einnahmen. Mit 50 % bilden die Einnahmen, die aus den Gaben der eigenen Kirchenmitglieder bestehen, die Haupteinnahmequelle. Dabei entfallen auf die Kirchensteuer 45 % und auf die Kollekten, Gemeindebeiträgen und Spenden ca. 5 %. Leistungsentgelte für kirchliche Dienstleistungen, Mieten, Pachten und Kapitalerträge machen 25 % der Einnahmen der evangelischen Landeskirchen aus. Die verbleibenden 25 % Einnahmen kommen aus Mitteln Dritter. Dabei rangieren die

Staatsleistungen auf dem vorletzten Platz mit 2 %. Nur 2 % der Einnahmen der evangelischen Landeskirchen sind Staatsleistungen. Bei einem EKD-weit so geringen Betrag kann man wohl kaum von einer Haupteinnahmequelle sprechen.

Fazit

Zusammenfasst kann festgestellt werden, dass Staatsleistungen Zeichen der Trennung von Staat und Kirche sind, indem sie nur gegen angemessenen Wertausgleich ablösbar sind. Als selbstständige gesellschaftliche Akteure können die betroffenen Religionsgemeinschaften nicht ersatzlos enteignet werden. Die Staatsleistungen wurden einvernehmlich zwischen Kirchen und Ländern in den Staatskirchenverträgen beziffert bzw. pauschaliert. Dies geschah vor dem Hintergrund der staatlichen Zugriffe auf das kirchliche Vermögen vor der Trennung von Staat und Kirche und ist als laufende Zahlungen angelegt. Der Betrag umfasst nicht, wie etwa bei einer Darlehensrückzahlung neben den Zinszahlungen, auch die Tilgung. Für letzteres wären zusätzliche Zahlungen notwendig. Die Staatsleistungen erledigen sich nicht durch längere Zahlungsdauer. Der abzulösende Betrag bleibt unverändert bestehen.

Die Vereinbarungen zu den Staatsleistungen begründen keine vorher nicht bestehenden Verpflichtungen, sondern ersetzen pauschalierend die Vielzahl der Verpflichtungen. Die Staatsleistungen enden mit der Zahlung eines angemessenen Wertausgleiches. Dies ist der verfassungsrechtliche Rahmen, der sich in das staatsrechtlichen und freiheitlichen Grundsätzen entsprechende Verhältnis zwischen Staat und Kirche einpasst. Gleichzeitig gibt dieser Rahmen den weiteren Weg zur vermögensrechtlichen Auseinandersetzung vor.

Die Ablösung in Form angemessenen Wertausgleiches kann die Kirche nicht verhindern, befürwortet diesen sogar, im Interesse einer deutlichen Darstellung der beiderseitigen Unabhängigkeit. Allerdings kann sie, wie jeder gesellschaftliche Akteur, hierbei die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze erwarten.



Kirchenrat Christian Klein ist Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM. Er ist Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera.

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen
Oberkirchenrat Dr. André Demut
Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Kirchenrechtsrätin Liane Engelbrecht

Leiterin des Referats Bildungsrecht im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Kirchenrat Christian Klein

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM und Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Christine Lieberknecht

Ministerpräsidentin a.D. und stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises

Jürgen Scharf

Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt